

# Der Hannibal-Komplex

## Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten

von Luca Heyer

Seit 2017 tauchen immer neue Details über ein militantes, rechtes Netzwerk in der Bundeswehr auf, das Waffendepots anlegte, Feindeslisten anfertigte und sich auf die Ermordung politischer Gegner\*innen an einem „Tag X“ vorbereitete. Der Focus berichtete von einem konspirativen „Netzwerk aus circa 200 ehemaligen und aktiven Bundeswehrsoldaten“.<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang fällt immer wieder das Stichwort „Schattenarmee“<sup>2</sup> – und das wohl zu Recht. Ein ehemaliger Elitesoldat des Kommando Spezialkräfte (KSK), der für dieses Netzwerk angeworben werden sollte, schätzt, es handle sich um einen „harten Kern von 80 bis 100 Personen“,<sup>3</sup> der Waffenlager angelegt habe. Das Netzwerk besteht aus mehreren Zellen, die durch verschiedene Chatgruppen, den Verein UNITER e.V. und dessen langjährigen Vorstand André S. (Deckname: „Hannibal“) miteinander verbunden sind. Und das ist womöglich nur die Spitze des Eisbergs.

Im Zentrum des Netzwerkes steht André S., ein ehemaliger Elitesoldat. Als Führungsperson des Vereins UNITER und Administrator diverser Chatgruppen stand André S. in direktem Kontakt zu sämtlichen Protagonisten des Netzwerks. Darunter fallen der unter Terrorverdacht stehende Soldat Franco Albrecht, eine Gruppe von rechten Preppern und Reservisten in Mecklenburg-Vorpommern und der baden-württembergische Verfassungsschützer Ringo M., ein ehemaliger Polizist, der in der selben Polizeieinheit wie das NSU-Opfer Michele Kiesewetter gearbeitet hat.

Nach Ansicht der Bundesregierung ist das rechte Netzwerk, das auch als Hannibal-Komplex bezeichnet wird, kein Netzwerk, sondern eine Serie von Einzelfällen. Im Folgenden wird gezeigt, dass es sich keineswegs um Einzelfälle handelt, sondern um ein weit verzweigtes, gut organisiertes und hochgefährliches Netzwerk.

Im Fazit werden verschiedene Theorien zu den Hintergründen des Netzwerks vorgestellt.

### 1. André S. und UNITER

#### 1.1 André S.

André S. stellt die zentrale Figur dieses Netzwerks dar. Der 1985 in Halle (Saale) geborene Soldat war seit der Gründung des Vereins UNITER 2012 bis zum Frühjahr 2019 dessen stellvertretender Vorsitzender. Bis zu seiner Versetzung am 31. März 2018 war er Elitesoldat beim KSK in Calw. Während dieser Zeit lebte er im baden-württembergischen Sindelfingen. Zum April 2018 wurde er wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe in eine andere Bundeswehr-Einheit versetzt und wohnt seitdem in Nordrhein-Westfalen. Im Frühling 2019 wurde gegen ihn ein Uniformtrageverbot verhängt. André S. wurde vom Militärischen Abschirmdienst (MAD), dem Militärangeheimdienst, mehrmals als Auskunftsperson befragt. Im September 2017 fanden an seinem Dienstort und in privaten

Räumlichkeiten Razzien des Bundeskriminalamts (BKA) statt. Dabei wurden „Hinweise auf Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz“<sup>4</sup> gefunden, wie die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Tobias Pflüger (Die Linke) bestätigte.

#### 1.2 Razzia-Warnung durch den MAD?

Es deutet einiges darauf hin, dass André S. vor den Razzien gewarnt wurde. So prahlte er gegenüber anderen KSK-Soldat\*innen damit, bereits vorher von den Durchsuchungen gewusst zu haben und belastendes Material, u.a. einen Laptop, beiseite geschafft zu haben. Ein damaliger Vorgesetzter von ihm sagte, André S. selbst habe ihm noch vor der Razzia von der bevorstehenden Maßnahme berichtet und gesagt, man müsse sich keine Sorgen machen. Dabei habe S. auch geäußert: „Es ist alles save, weil wir wissen ja davon.“<sup>5</sup>

Als mögliche undichte Stelle in den Behörden gilt der MAD-Mitarbeiter Peter W., der im MAD für die Kommunikation mit dem BKA zuständig war. Arbeitsschwerpunkte von W. beim MAD waren die Beobachtung des KSK, sowie die Aufklärung des Vereins UNITER und des Falls Franco Albrecht, der weiter unten thematisiert wird. Vor seiner Anstellung beim MAD war Peter W. selbst Elitesoldat beim KSK. Zwischen Peter W. und André S. soll regelmäßig Kontakt bestanden haben. So auch zwei Tage vor der Razzia: Damals trafen sie sich in einem Hotel in Sindelfingen, weshalb polizeiliche Ermittlungen gegen W. eingeleitet wurden. Ungeachtet dieser Indizien wurde Peter W. jedoch im März 2019 in erster Instanz vom Vorwurf des Geheimnisverrats freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, André S. gewarnt zu haben. Vor Gericht gab André S. jedoch zu, von den Durchsuchungen im Vorhinein gewusst zu haben.<sup>6</sup> Dennoch wurden bei ihm Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz festgestellt. Daher stellt sich die Frage, was André S. nach der Warnung rechtzeitig beiseite schaffen konnte, wenn Waffen bzw. Sprengstoff das kleinste Übel darstellten.

#### 1.3 UNITER

Als Mitgründer, Vorsitzender und späterer stellvertretender Vorsitzender von UNITER nahm André S. in diesem Verein eine wichtige Rolle ein. UNITER wurde 2012 in Halle von ehemaligen KSK-Soldat\*innen gegründet. Den Vorsitz teilte sich André S. zunächst mit zwei weiteren Personen, die nach einem Konflikt allem Anschein nach nicht mehr für den Verein aktiv sind.

2016 wurde der Verein in Stuttgart neu gegründet, sodass sich von diesem Zeitpunkt an zwei Vereine mit dem Namen UNITER e.V. im Vereinsregister finden. Der alte Verein besteht formal weiter, ist aber soweit bekannt nicht mehr aktiv. Den Vorsitz des neuen Vereins übernahm Ringo M. aus Böblingen. Seine Stellvertreter wurden André S. und zwei weitere Personen. Damit ist André S. der einzige, von dem bekannt ist, dass er in beiden Vereinen eine Führungsfunktion inne hatte. UNITER ist lateinisch und bedeutet „in eins verbunden“. Zweck des Vereins war es, ein Netzwerk für Anschlussstättigkeiten nach der Karriere bei der Bundeswehr zu schaffen. Der

Verein bietet jedoch auch Seminare und Fortbildungen bis hin zu paramilitärischen Trainings an. Während anfangs vor allem ehemalige KSK-Soldat\*innen bei UNITER aufgenommen wurden, öffnete sich der Verein Stück für Stück auch für andere Bundeswehrgesoldat\*innen, Angehörige polizeilicher Spezialeinheiten und den privaten Sicherheitsbereich. Eigenen Angaben des Vereins zufolge sind unter den Mitgliedern jedoch auch Ärzte\*innen, Anwält\*innen, Handwerker\*innen und Sportler\*innen.<sup>7</sup> Die Angaben zur Gesamtzahl der Mitglieder schwanken stark. Während Vereinsmitglieder aus Deutschland die Zahl von 1.800 Mitgliedern in Umlauf brachten, spricht ein Mitglied aus der Schweiz von einer mittleren dreistelligen Mitgliederzahl.<sup>8</sup>

Aufgrund der Mitgliederstruktur, bestehend aus Soldaten, Polizisten, Geheimdienstlern und Personen der Sicherheitsbranche ist davon auszugehen, dass sich dort ein durchaus konservatives Milieu zusammenfindet. Es scheint jedoch nicht angebracht, von einem explizit rechtsradikalen Verein auszuge-

hen. So distanziert sich UNITER auf seiner Homepage öffentlich von Extremismus: „UNITER e.V. schließt niemanden aufgrund seiner Abstammung, Religion oder seiner politischen Ausrichtung aus. Diskriminierung und radikale Ansichten haben bei UNITER keinen Platz. [...] UNITER steht ein für die Wahrung des Friedens, die Einhaltung der Menschenrechte und das deutsche Grundgesetz. [...] UNITER distanziert sich klar von jeder Art von Extremismus und unterstützt keine verbotenen oder extremistischen Organisationen.“<sup>9</sup> Unabhängig von diesem Bekenntnis scheinen Rechte und Neonazis im Verein allerdings zumindest akzeptiert zu werden. Recherchen der taz zufolge bildete sich seit 2016 ein radikalisierte Kern heraus, der sich nicht an der zunehmend rechten, sektenartigen und militanten Ausrichtung des Vereins störte bzw. diese aktiv vorantrieb. Nachdem seit der Neugründung 2016 mehrere Mitglieder den Verein verlassen hatten, radikalisierte sich dieser harte Kern weiter.<sup>10</sup>

### Rechtsextremismus beim KSK

Mit „Hannibal“ und „Petrus“ sind zwei zentrale Figuren des rechten Netzwerks (ehemalige) KSK-Soldaten. Ein weiterer KSK-Soldat, Robert K., war ebenfalls in mindestens einer der Prepper-Chatgruppen aktiv. Zahlreiche weitere aktive und ehemalige KSK-Soldaten sind zudem Mitglied bei UNITER. Auch Peter W., der MAD-Mitarbeiter, der André S. mutmaßlich warnte, war früher beim KSK. Es lohnt sich also, das KSK und mögliche rechtsextremistische Bezüge im KSK genauer zu betrachten.

Das KSK wurde 1996 gegründet und ist eine Eliteeinheit der Bundeswehr, in der nur die „besten“ Soldat\*innen kämpfen. In die Kommandoeinheiten des KSK wurden bislang nur Männer aufgenommen. Frauen hingegen befinden sich nur in den sogenannten Unterstützungseinheiten des KSK. Die Aufgaben des KSK sind vor allem die Evakuierung deutscher Staatsbürger\*innen im Ausland, die Auflösung von Geiselnahmen, Kommandoeinsätze im feindlichen Gebiet, Ausbildung befreundeter Streitkräfte und Aufklärung. Auch sogenannte „Capture or kill“-Missionen – gezielte Tötungen oder Festnahmen bestimmter feindlicher Schlüsselpersonen – gehören zu den Aufgaben des KSK.

Das KSK agiert streng geheim, wodurch die parlamentarische Kontrolle mangelhaft ist.<sup>1</sup> Auch die Identität der Soldat\*innen ist streng geheim, weshalb diese öffentlich nur verumumt auftreten.

Trotz der Geheimhaltung gab es immer wieder Berichte<sup>2</sup> über rechte Vorfälle in der Truppe, von denen hier eine Auswahl vorgestellt werden soll:

#### Positive Bezugnahme zum Afrika-Korps der Wehrmacht

Als sich KSK-Soldat\*innen im November 2001 auf der omanischen Halbinsel Masirah auf den Einsatz in Afghanistan vorbereiteten, sprühten sie auf ihre Geländewägen das nachgemachte Palmensymbol des Afrika-Korps der Wehrmacht. Fahrzeuge mit diesem Symbol seien auch in der KSK-Kaserne in Calw von einem KSK-Angehörigen gesehen worden. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt – der positive Bezug auf die Wehrmacht war dennoch eindeutig.<sup>3</sup> Auch 2018 fielen KSK-Soldat\*innen durch die Glorifizierung des Afrika-Korps auf. So schrieben 15 KSK-Soldat\*innen bei einem Besuch auf einem Soldatenfriedhof in Tunesien im Rahmen einer internationalen Übung von Spezialeinheiten die Sätze „In Gedenken an unsere Gefallenen des Afrika-Korps“ und „Fern ab der Heimat, doch niemals vergessen. Ruhm und Ehre dem AFRIKA KORPS“ in das dortige Gästebuch (siehe Foto rechts).<sup>4</sup>

#### Günzel: antisemitische Äußerungen

Rechte Einstellungen beim KSK ziehen sich bis in die Führungsebene durch. Der ehemalige KSK-Kommandeur Reinhard Günzel wurde 2003 entlassen, weil er eine antisemitische Rede<sup>5</sup> des damaligen CDU-Abgeordneten Hohmann lobte. Günzel steht der rechtspopulistischen Partei Pro NRW nahe.<sup>6</sup> Nach seiner Ent-

lassung trat er mehrfach in rechten Kreisen als Referent auf.<sup>7</sup> Günzel kritisiert in dem u.a. von ihm herausgegebenen Buch „Geheime Krieger“<sup>8</sup> die Umbenennung von Kasernen mit Wehrmachtbezug. Dies verhindere Traditionsbewusstsein und Korpsgeist innerhalb der Bundeswehr. Er wünscht sich einen stärkeren traditionellen Bezug auf die Wehrmacht. Deshalb begrüßt er auch die „intensive[n] Kontakte“ zum „Kameradenhilfswerk der 78. Sturm- und Infanteriedivision“ der Wehrmacht. Eine besondere Verbundenheit bestehe Günzel zufolge zur NS-Spezialeinheit „Brandenburger“, welche an Kriegsverbrechen der Wehrmacht beteiligt war und Partisanen auf dem Balkan mit besonderer Grausamkeit bekämpfte. Die Kommandosoldaten wüssten genau, wo ihre Wurzeln liegen: „Die Einsätze der ‚Brandenburger‘, der Vorläufer [...] des KSK, gelten in der Truppe als geradezu legendär. Die Operationen der Division ‚Brandenburg‘ sind Lehrbeispiele erfolgreicher Kommandoeinsätze.“ Er selbst pflege langen freundschaftlichen Kontakt mit dem „Brandenburger“ und Ritterkreuzträger Wilhelm Walther. Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen habe sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert.<sup>9</sup>

Diese alarmierende Einschätzung ist womöglich nah an der Realität.

#### Hitlergrüße und Rechtsrock

Im April 2017 kam es bei einer Feier anlässlich der Verabschiedung des KSK-Kompaniechefs Pascal D. zu

### 1.4 Lazarus Union

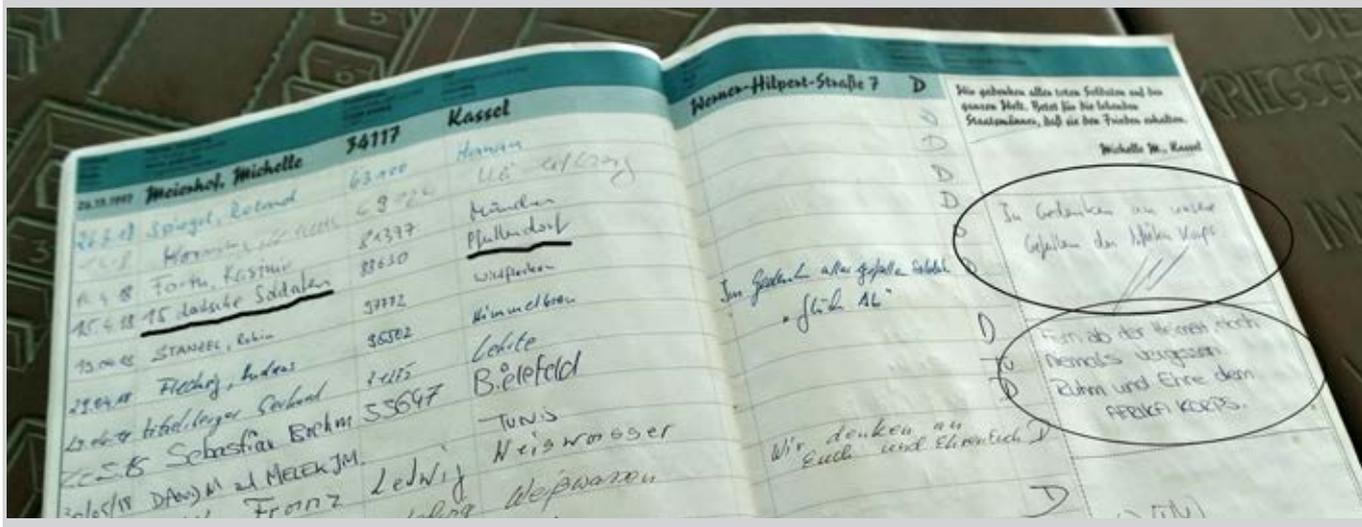
**Dieses Kapitel wird aktuell rechtlich geprüft und ist bald wieder online.**

besorgniserregenden Szenen: Während Rechtsrock der neonazistischen Band Sturmwehr lief, zeigten mehrere KSK-Soldaten den Hitlergruß. Niemand unter den 58 anwesenden Personen störte sich offenbar daran. Erst Recherchen des NDR brachten den Vorfall im August 2017 ans Licht.<sup>10</sup>

Im Juni 2018 wurde auf Anfrage der Fraktion der Linke im Bundestag bekannt, dass gegen zehn Angehörige der Division Schnelle Kräfte, zu der auch das KSK gehört, wegen rechter Vorfälle ermittelt wird. Den Personen werden zum Teil einschlägig rechte Verhaltensweisen wie „Sieg Heil“-Rufe, antisemitische oder fremdenfeindliche Äußerungen, Kontakte in die rechts-extreme Szene, Konsum rechtsextremistischer Musik oder neonazistische Tätowierungen vorgeworfen. Als rechts-extremistisch wurde zum Zeitpunkt der Anfrage dennoch keine der Personen identifiziert.<sup>11</sup>

#### Anmerkungen

- 1 [IMI-Analyse 2016/36](#). Thomas Mickan: Unkontrollierte Gewalt. Die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommando Spezialkräfte.
- 2 Vgl. [IMI-Standpunkt 2017/026](#). Alexander Kleiß: Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung!
- 3 Spiegel Online: [„KSK-Soldaten sprühten Wehrmachtssymbol auf Wagen“](#), 1.11. 2006.
- 4 Taz: NS-Gedenken in der Bundeswehr. KSK gedenkt der Wehrmacht. 3.5. 2019; [Bundestagsdrucksache 19/9594](#): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Tobias Pflüger u.a.: Militärübung Flintlock 2019.
- 5 Die gesamte Rede wurde von der [Tagesschau](#) dokumentiert.
- 6 Braunzone Bundeswehr: [„Günzel als Sicherheitsberater für ‚proNRW‘“](#), 12.5. 2009; Blick nach Rechts: [„Günzel als Sicherheitsberater“](#), 30.4. 2009.
- 7 Braunzone Bundeswehr: [„Deutsche Militärzeitschrift \(DMZ\) – Ausgabe Mai-Juni“](#), 2.8.2008.
- 8 Reinhard Günzel, Wilhelm Walther, Ulrich Wegener: Geheime Krieger. 2007. Das Buch ist im Pour-le-Mérite-Verlag des deutschen Verlegers Dietmar Munier erschienen. Dessen Verlagsgruppe publiziert seit Jahren unter anderem rechte und geschichtsrevisionistische Literatur. Er gibt darüber hinaus die Monatszeitschrift *Zuerst!* heraus, die sich an eine konservative bis rechtsextreme Leserschaft wendet. *Zuerst!* zählt mittlerweile zu den einflussreichsten Medien der Neuen Rechten.
- 9 Ebd.
- 10 Panorama: [Hitlergruß? Ermittlungen gegen Kompaniechef](#). 17.8. 2017.
- 11 [IMI-Standpunkt 2018/033](#). Alexander Kleiß: „Sieg Heil“-Rufe, aber keine Neonazis?



### 1.5 Paramilitärische Trainings

Etwa zur selben Zeit beginnt UNITER tatsächlich, eigene Einheiten aufzubauen: Eine Medical Response Unit (MRU) und eine Defence Unit. In diesem Rahmen fanden immer öfter militärtaktische Trainings im In- und Ausland statt, bei denen man z.B. das Schießen aus einem Helikopter lernen konnte.<sup>13</sup> Häufig leitete André S. diese Trainings. Auch im baden-württembergischen Mosbach fanden auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände, das mittlerweile hauptsächlich von Polizei und Rettungskräften genutzt wird, ein paramilitärisches Training mit 25 Personen und Aufnahme-rituale – ähnlich wie beim KSK – statt. Bei den während des Trainings verwendeten Waffen handelt es sich allem Anschein nach um scharfe Schusswaffen. Auch Expert\*innen konnten allerdings nicht ausschließen, dass täuschend ähnliche Nachbauten verwendet wurden.<sup>14</sup> Ein Teilnehmer berichtete in einem mittlerweile gelöschten Bericht auf der Homepage von UNITER von diesem Training. Die geschilderten Trainingsmethoden erinnern sehr an die sogenannte „Höllenswoche“ des KSK, einem Auswahlverfahren, bei dem die besten Kandidat\*innen ausgesucht werden. Auch ein „Gespräch mit einem V-Mann“ sei in Mosbach trainiert worden. Der anonyme Autor schließt seinem Bericht mit der pathetischen Feststellung, er sei „stolz darauf, ein Teil des Wolfsrudels sein zu dürfen.“ Diese Aussage ist erhellend. Angaben der taz zufolge hatte André S. bereits zu einem früheren Zeitpunkt versucht, einen ehemaligen KSK-Soldaten für einen „Pakt der Wölfe“ anzuwerben. Damit sei der Aufbau eigener militärischer Strukturen zum Schutz der Schafherde (dem deutschen Volk?) gemeint gewesen. Wer bei UNITER die Eignungsprüfung für die Kommandoausbildung besteht, erhält ein Abzeichen mit einem Wolf, der seine Zähne fletscht.<sup>15</sup> Fraglich bleibt, wozu ein Verein wie UNITER militärische Trainings durchführt. UNITER dementiert zwar den Aufbau einer eigenen bewaffneten Einheit; die Indizien hierfür verdichten sich jedoch.

Hilfe bei der Durchführung eines paramilitärischen Trainings erhielt UNITER durch die Sicherheitsfirma OPCON mit Sitz in Calw, wo auch das KSK stationiert ist. OPCON buchte für UNITER das Gelände in Mosbach. Auf Anfrage der taz bestätigte OPCON, dass auch die Defence-Abteilung von UNITER vor Ort gewesen sei. Die von Fabian W. betriebene Firma OPCON bietet Beratung, Ausbildung und Training an.<sup>16</sup> Da die Firma ihren Sitz wie das KSK in Calw hat und die angebotenen Fähigkeiten denen, die während einer Ausbildung beim KSK vermittelt werden, stark ähneln, liegt der Schluss nahe, dass OPCON von ehemaligen KSK-Soldat\*innen betrieben wird.

### 1.6 Umzug in die Schweiz

Nachdem UNITER in den vergangenen Monaten stark im Fokus der Öffentlichkeit stand, arbeitet der Verein nun daran, seinen Hauptsitz in die Schweiz zu verlegen. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei um einen Versuch handelt die Ermittlungen zu umgehen, oder gar einem Vereinsverbot zuvor zu kommen.

Mittlerweile sind zwei in der Schweiz lebende Deutsche Vorsitzende des Vereins: Erster Vorsitzender ist ein Mann aus Zug. Stellvertretender Vorsitzender ist Volker M., ein Intensiv-

krankenpfleger aus dem Kanton Luzern. André S. ist jetzt nicht mehr im Vorstand, bildet aber laut Volker M. mit beiden Vorsitzenden weiterhin das Präsidium.<sup>17</sup>

### 1.7 Chatgruppen

André S. nimmt allerdings nicht nur innerhalb von UNITER eine zentrale Funktion ein. Er leitete unter dem Decknamen „Hannibal“ gemeinsam mit dem KSK-Soldaten Robert P., der unter dem Decknamen „Petrus“ agierte, mehrere Chatgruppen im Smartphone-Messenger Telegram, in denen sich teils rechtsextreme sogenannte Prepper austauschten. Das Wort Prepper leitet sich vom englischen Wort to prepare (sich vorbereiten) ab. Prepper bereiten sich auf extreme Krisensituationen, wie z.B. Naturkatastrophen, Börsencrashes, Stromausfälle oder Kriege vor und legen Vorräte, Bunker, aber z.T. auch Waffenlager an. Mindestens zwölf der Mitglieder in den Chatgruppen waren auch Mitglied bei UNITER. Die Namen der Chatgruppen waren an die Unterteilung in verschiedene Distrikte (Nord, Ost, Süd, West, Österreich, Schweiz), wie sie auch UNITER pflegt, angelehnt. Die Chatgruppen mit den Namen Vier Gewinnt, Nordkreuz, Nord.Com, Nord, Ost, Süd, West, Österreich und Schweiz dienten den Mitgliedern zum Austausch über praktische Krisenvorsorge, Planungen für den Katastrophenfall, den sogenannten Tag X, der auch die Befürchtung des Ausbruchs eines Dritten Weltkriegs oder einen Bürgerkrieg durch vermeintliche Massenzuwanderung umfasste. Nach Angaben der taz unterschieden die Beteiligten „nicht zwischen den Uniter-Strukturen und den Chatgruppen; für sie ist beides eins.“ Über die Chatgruppen definierten die rechten Teilnehmer Orte für sogenannte Safe Houses, mutmaßlich sichere Rückzugsorte mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen sowie Munitions- und Treibstoffdepots. Über die Chatgruppen verabredeten sich die Prepper zudem für Trainings, die z.T. auch militärisches Wissen vermittelten.<sup>18</sup>

Die im Zuge der Ermittlungen gegen Franco Albrecht Anfang 2017 gelöschten Chatgruppen waren männlich dominiert. Neben Personenschützern, Handwerkern und Versicherungsvertretern waren in den Chats auch aktive und ehemalige Soldaten, Reservisten, Anwälte und Polizisten aktiv. Gerade die Tatsache, dass Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane besonders stark in die Chatgruppen eingebunden waren, ist besorgniserregend. In den Nord-Chats sollen z.B. drei Polizisten und mindestens fünf Reservisten aktiv gewesen sein, davon einer der Polizisten als Administrator. In der mit einer hohen zweistelligen Mitgliederzahl größten und aktivsten Chatgruppe, dem Chat Süd, sollen mindestens zwei Polizisten und sechs Soldaten mitgeschrieben haben. Aus den Chats Nordkreuz, Nord.Com und Süd ist bekannt, dass sich dort auch Rechtsextremisten tummelten, denen Terrorpläne vorgeworfen werden.

Neben André S. leitete auch Robert P., ebenfalls KSK-Elitesoldat, mindestens eine Chatgruppe: die Chatgruppe Nord. Er trat dabei unter dem Pseudonym „Petrus“ auf.<sup>19</sup> 2017 wurde gegen ihn ermittelt.<sup>20</sup> Die Ermittlungen wurden jedoch ohne Anklageerhebung abgeschlossen. 2018 wurde Robert P. vom MAD als Auskunftsperson befragt. Mehr ist über „Petrus“ bislang nicht bekannt.

## 2. Franco Albrecht

In der Chatgruppe Süd war auch Franco Albrecht, dem rechte Terrorpläne vorgeworfen werden aktiv. Der aus Offenbach stammende Albrecht war Oberleutnant im elsässischen Illkirch

beim Jägerbataillon 291, das zur Deutsch-Französischen Brigade gehört. Bereits Ende 2013 fiel er wegen einer Masterarbeit auf, die er im Rahmen seiner Offiziersausbildung schrieb. Die Masterarbeit, die sich mit „Autogenozid“, Lobby und dem „Niedergang von Kulturen“ beschäftigt, lässt sich im Gesamten als völkisch-nationalistisch charakterisieren. Konsequenzen hatte dies für Franco Albrecht allerdings nicht. Es gab keine Disziplinarmaßnahme, weshalb auch der MAD nicht eingeschaltet wurde.<sup>21</sup> Bereits hier versagte die Bundeswehr beim Ausschluss von Rechtsextremen.

## 2.1 Pistole am Wiener Flughafen

Als Albrecht am 3. Februar 2017 am Wiener Flughafen mit einer Waffe aufgegriffen wurde, brachte er letztendlich das rechte Netzwerk um UNITER auf den Radar der Behörden. Nachdem Albrecht in Wien den Ball der Offiziere besucht hatte, fand er – so seine Darstellung – am 21. Januar 2017 abends zufällig eine geladene Waffe in einem Gebüsch. Am darauf folgenden Tag fuhr Albrecht mit seinem deutschen Kameraden Maximilian T. zum Flughafen Wien-Schwechat. Erst vor der Sicherheitskontrolle will er sich der Waffe in seinem Mantel entsonnen haben. Er deponierte sie im Putzschacht einer Behindertentoilette am Flughafen, schickte ein Bild des Verstecks an eine Whatsapp-Gruppe und flog dann nach Zürich. Kurz darauf fand eine Putzkraft die Waffe und verständigte die Polizei. Am Abend des 3. Februar versuchte Franco Albrecht, die Waffe wieder an sich zu nehmen und tappte dabei in eine Falle der österreichischen Polizei, die ihn daraufhin festnahm und seine Fingerabdrücke erfasste.

## 2.2 Anschlagpläne als falscher Asylsuchender

Aufgrund der Fingerabdrücke wurde ermittelt, dass Albrecht sich unter einer falschen Identität als syrischer Asylsuchender registriert hatte. Unter Angabe des falschen Namens David Benjamin hatte er sich am 29. Dezember 2015 in Offenbach als Geflüchteter ausgegeben und daraufhin über ein Jahr lang Asylleistungen bezogen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen Albrecht ein. Es besteht der Verdacht auf die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat, der Verdacht auf den Verstoß gegen das Waffengesetz und der Verdacht auf Betrug. Die Generalbundesanwaltschaft warf ihm später vor, unter der Identität als Geflüchteter Terroranschläge auf Personen des öffentlichen Lebens geplant zu haben, um diese dann dem fiktiven Geflüchteten in die Schuhe zu schieben. Albrecht behauptet, bei der Registrierung als falscher Asylsuchender hätte es sich um „investigativen Journalismus“ gehandelt. Im April 2017 wurde Albrecht auf dem Bundeswehrgelände in Hammelburg festgenommen. Gleichzeitig fanden Razzien an 16 Orten in Deutschland, Österreich und Frankreich statt.<sup>22</sup>

Bei den Razzien wurden bei Albrecht neben zwei Gewehren, einer Pistole und 50 Sprengkörpern ein unter Rechtsterrorist\*innen beliebtes Handbuch für Guerillataktiken und eine aus islamistischen Kreisen stammende Bombenbauanleitung gefunden. Bei den Durchsuchungen wurden auch Wehrmächtsreliquien und in Waffen eingeritzte Hakenkreuze entdeckt. Außerdem wurden bei Albrecht und seinem mutmaßlichen Komplizen Maximilian T. Listen mit Namen und Institutionen sowie Ausspähtonizen beschlagnahmt. U.a. Joachim Gauck, Heiko Maas, Claudia Roth, Bodo Ramelow,

der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Muslime und die Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich für Betroffene rechter Gewalt einsetzt, fanden sich auf den Listen. Für die Amadeu-Antonio-Stiftung lagen detaillierte Ausspähtonizen und Fotos vor. Handschriftlich waren zum Teil weitere Notizen mit konkreten Anschlagplänen angebracht, z.B.: „Gruppe Antifa: Granate Asylant werfen lassen, filmen“, „Polizeifunk abhören“ oder „Sprengung Rothschild-Stein in Frankfurt“. Es gab zudem Planungen, die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck aus dem Gefängnis zu befreien.<sup>23</sup>

## 2.3 Verbindung zu UNITER

Bei den Durchsuchungen wurde bei Albrecht zudem ein UNITER-Abzeichen gefunden.

Albrecht traf sich mindestens einmal mit André S., den er aus der Chatgruppe Süd kannte. Belegt ist ein konspiratives Treffen in einem Schützenhaus in Albstadt, bei dem die Handys im Auto gelassen wurden, um eine Überwachung zu erschweren. Die auf diesem Treffen Anwesenden sollten sich nur mit Vor- oder Decknamen ansprechen. Die taz berichtet von einem weiteren Treffen der beiden.<sup>24</sup>

## 2.4 Albrechts Komplizen

Albrecht hatte zwei mutmaßliche Komplizen, deren Wohnungen ebenfalls durchsucht wurden. Bei Albrechts langjährigem Freund Mathias F., einem Studenten aus Offenbach, wurden 1083 Schuss Munition und Zünder für Handgranaten gefunden. Mathias F. gab an, diese von Albrecht erhalten zu haben und nicht gewusst zu haben, dass es sich um Munition handle. Dass Albrecht die Munition nach seiner Verhaftung in Wien bei seinem Freund Mathias F. deponierte, ist plausibel.

Der andere mutmaßliche Komplize ist Maximilian T., der ebenfalls Offizier beim Jägerbataillon 291 in Illkirch war. Ihm wird vorgeworfen, an der Erstellung der Liste mit Anschlagzielen mitgewirkt zu haben. Außerdem deckte er Albrecht gegenüber Vorgesetzten, während dieser als falscher Asylsuchender unterwegs war. Maximilian T. ist zudem Mitglied in der AfD und der Jungen Alternative. Seit Ende 2017 ist er sieben Stunden pro Woche Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Nolte. Dieser ist dem völkischen Flügel der AfD zuzuordnen und sitzt im Verteidigungsausschuss, wo er Zugang zu sensiblen Informationen zur Causa UNITER und seinem persönlichen Referenten Maximilian T. hat.<sup>25</sup> Trotz seiner Teilzeitstelle im Bundestag arbeitet Maximilian T. zugleich weiter für die Bundeswehr. Anfangs wurde ihm wegen des Terrorvorwurfs ein Bundestags-Hausausweis verweigert. Nachdem die Ermittlungen gegen ihn unerklärlicherweise eingestellt wurden, wurde ihm im November 2018 jedoch ein Hausausweis gewährt. Dieser berechtigt ihn nun, alle Liegenschaften des Bundestags selbstständig und ohne Taschenkontrollen zu betreten.<sup>26</sup>

## 2.5 Strafverfahren in der Schwebe

Auch die Anklage gegen Albrecht wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Juni 2018 abgewiesen. Es sei nicht erwiesen, dass Albrecht fest entschlossen gewesen sei, die geplanten Taten zu begehen. Bereits im November 2017 war Albrecht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil einem Beschluss des Bundesgerichtshofs zufolge

kein dringender Tatverdacht gegen ihn bestehe. Die weniger schwerwiegenden Anklagepunkte sollen nun beim Landgericht Darmstadt verhandelt werden. Der Generalbundesanwalt legte beim Bundesgerichtshof gegen den Beschluss des Oberlandesgerichts Beschwerde ein. Momentan hängt das Verfahren in der Schwebe.<sup>27</sup> Alle Beteiligten befinden sich wieder auf freiem Fuß.

### 3. Prepper-Zelle im Reservistenverband Mecklenburg-Vorpommern

Im Zuge der Untersuchungen gegen Franco Albrecht wurden die Ermittlungsbehörden auf die Chatgruppe Süd und davon ausgehend auf die anderen Chatgruppen aufmerksam. André S. ordnete kurz nach der Festnahme Albrechts die Löschung der Chats an. Ein Teil der Chats konnte von der Polizei jedoch rekonstruiert werden. So stieß sie dann auch auf die Chats Nordkreuz, Nord.Com, Nord und Vier gewinnt, deren Mitglieder schwerpunktmäßig aus Mecklenburg-Vorpommern stammen. Ein Großteil der Mitglieder dieser Chats lässt sich klar dem neu-rechten und neonazistischen Spektrum zuordnen. André S. übernahm in diesen Chats unter dem Decknamen „Hannibal“ eine leitende Funktion und übermittelte Anweisungen und bundeswehrinterne Lageberichte.

Am 28. August 2017 kam es in Mecklenburg-Vorpommern zu Razzien an sechs Orten, bei denen ein Waffenarsenal und Ordner mit Listen von politischen Gegner\*innen sichergestellt wurden. Als Beschuldigte gelten der Anwalt und Rechtspopulist Jan-Hendrik H. aus Rostock sowie der (mittlerweile ehemalige) Kriminalkommissar Haik J. aus Grabow. Razzien gab es auch bei vier weiteren Personen, die nicht als Beschuldigte gelten. Dies sind der Malermeister Axel M. und Horst S., der Kommandeur der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanie (RSU-Kompanie), einer freiwilligen Reservisten-Einheit für Heimatschutzangelegenheiten der Bundeswehr.<sup>28</sup> Außerdem durchsucht wurden die Wohnungen des Versicherungsvertreters Jörg S. und des LKA-Polizisten Marko G., der auch zeitweilig beim Spezialeinsatzkommando (SEK) tätig war. Marko G. war zudem Administrator des Chats Nordkreuz.<sup>29</sup> Alle sechs Personen eint, dass sie Mitglieder der etwa 30 Personen umfassenden Gruppe Nordkreuz waren. Fünf der sechs Personen waren beim Reservistenverband aktiv.

#### 3.1 Vorbereitung für den Tag X

Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Chatgruppe Nordkreuz der Prepper-Szene zuzuordnen. Sie bereiten sich auf eine schwere Krise oder einen Katastrophenfall vor. Dies könnte z.B. ein Krieg, eine Naturkatastrophe, ein langer Stromausfall oder ein Börsencrash sein. Aber auch das Thema Migration scheint den Nordkreuz-Preppern Sorgen zu bereiten.

Was Teile der Nordkreuz-Gruppe von anderen Preppern unterscheidet, ist, dass in diesem Fall der Krisenfall als Chance begriffen wurde, um eigene politische Vorstellungen umzusetzen und deshalb Waffen gehortet wurden. Man gewinnt den Eindruck, dass manche den Krisenfall geradezu herbeisehnten. Es gab konkrete Pläne, linke Politiker\*innen und Einzelpersonen an einem sogenannten Tag X gefangen zu nehmen, an ausgewählte Orte zu bringen und sie dort zu ermorden. Es gab sogar Überlegungen, über den Kommandeur der RSU-Kompanie, Horst S., an Uniformen und Fahrzeuge der Bundeswehr zu gelangen, um am Tag X polizeiliche oder militärische Checkpoints leichter passieren zu können. Diese Pläne soll-

ten keinesfalls als bloße Spinnerei abgetan werden: Viele der Chatmitglieder sind Polizisten, Reservisten, Jäger oder Sportschützen und somit im Besitz von Waffen, mit denen sie auch umgehen können. Der Polizist Marko G. erklärt im Interview mit Panorama,<sup>30</sup> es habe auch gemeinsame Schießübungen gegeben.

#### 3.2 Köpfe der Prepper-Zelle: Jan-Hendrik H.

Führende Köpfe innerhalb der Zelle in Mecklenburg-Vorpommern sind Jan-Hendrik H. und Haik J.:

Jan-Hendrik H. ist ein Rechtsanwalt aus Rostock, der sich in den vergangenen fünf Jahren erheblich radikalisierte. Im Mai 2014 wurde er über die Liste der FDP in die Rostocker Bürgerschaft gewählt. Auch auf Bestreben von Jan-Hendrik H. schlossen sich die FDP und die rechtspopulistische Liste Unabhängige Bürger für Rostock (UFR) zu einer Fraktion zusammen. Ab Januar 2015 begann Jan-Hendrik H., sich immer wieder rassistisch zu äußern. Er bezeichnete sich als „Sympathisant der [...] Pegida-Forderungen“.<sup>31</sup> Zur selben Zeit wurde seine inhaltliche Nähe zur AfD und der sogenannten Identitären „Bewegung“ (IB) sichtbar. Insbesondere zum AfD-Rechtsaußen Holger Arppe und zu Daniel Fiß, der mittlerweile Bundesvorsitzender der IB Deutschland ist, pflegte Jan-Hendrik H. engen Kontakt. Jan-Hendrik H. setzte sich ab 2015 auch intensiv gegen die Entstehung eines linksalternativen Wagenplatzes in seinem Stadtteil ein. 2016 distanzierte sich die FDP von Jan-Hendrik H. und beendete die Zusammenarbeit mit UFR, woraufhin Jan-Hendrik H. die FDP verließ.<sup>32</sup>

2017 wurden Chatprotokolle von Holger Arppe, seinem politischen Freund aus der AfD, geleakt. Mehrere Aussagen zu Jan-Hendrik H., die Arppe tätigte, sind in diesem Zusammenhang interessant. So schrieb Arppe über ihn: „Der Typ würde perfekt in unsere Reihen passen. Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage und lebt unter dem Motto: Wenn die Linken irgendwann völlig verrücktspielen, bin ich vorbereitet.“ Politisch ordnet er ihn folgendermaßen ein: „Ich würde sagen, er ist ziemlich rechtskonservativ. Aber auch schon sehr pessimistisch. Er glaubt, dass es fast schon zu spät ist, da der Organisationsvorsprung der Linken kaum noch aufzuholen ist. Und wenn jetzt auch noch die AfD scheitert, dann ist es eben gut, wenn man einen Schrank voller Gewehre und 'ne Munitionskiste in der Garage hat.“ Außerdem habe Jan-Hendrik H. gesagt: „Manche Leute in der Bürgerschaft kann ich mir nur mit einem Loch im Kopf vorstellen, sonst ertrage ich diese linken Schweine nicht.“<sup>33</sup> Tatsächlich hat H. einen prall gefüllten Waffenschrank. Als Sportschütze und Jäger hat er ohnehin leicht Zugang zu Waffen.

Zudem sympathisiert er offen mit der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Er ärgerte sich einer Recherche des Focus zufolge „maßlos über ein Denkmal für die Opfer des [NSU]“.<sup>34</sup> Doch dabei blieb es nicht: Mehrere Zeug\*innen erklärten, Jan-Hendrik H. habe ein Wettschießen veranstaltet und den Wanderpokal für die Sieger\*innen nach Mehmet Turgut, der am 25. Februar 2004 in Rostock vom NSU erschossen wurde, benannt.<sup>35</sup> Als seine Wohnung am 28. August 2017 durchsucht wurde, wurden neben den Waffen auch Ordner mit 5000 Namen und Steckbriefen von Personen aus dem linken Spektrum gefunden. Jan-Hendrik H. gab an, diese als Ansprechpartner\*innen für seine Tätigkeit im Asylausschuss zu benötigen, dem H. allerdings nie angehörte.<sup>36</sup> Gegenüber Focus erklärte er, es habe sich bei den Ordnern um anwaltliche Schriftsätze gegen die Ansiedlung der linksalter-

nativen Wagenburg gehandelt.<sup>37</sup> Beides ist wenig glaubwürdig. Am 7. September 2017 erklärte das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern jedoch, die gefundenen Listen seien keine Todeslisten, sondern eine „Sammlung von Ordnern“.<sup>38</sup> Wofür Jan-Hendrik H. die Listen jedoch anfertigte, bleibt offen. Die Ermittlungen wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat gegen ihn laufen nach wie vor.

### 3.3 Köpfe der Prepper-Zelle: Haik J.

Der andere Beschuldigte im Verfahren um Nordkreuz ist Haik J., ist AfD-Mitglied und ehemaliger Polizist aus Grabow. Der ehemalige Oberkommissar war früher beim Polizeikommissariat 42 in Hamburg-Billstedt tätig, wechselte dann aber nach Mecklenburg-Vorpommern. Er soll an den Mordphantasien und Planungen für den Tag X beteiligt gewesen sein und wurde daraufhin vom Dienst suspendiert. Die Ermittlungen wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat gegen ihn laufen nach wie vor. Der Terrorverdächtige wurde Anfang 2018 zum stellvertretenden Vorsitzenden des AfD-internen Arbeitskreises für Innere Sicherheit gewählt.<sup>39</sup>

### 3.4 Weitere Durchsuchungen

Im April 2018 durchsuchte die Polizei im Auftrag der Bundesanwaltschaft erneut zwölf Objekte, von sieben Personen aus dem Umfeld von Nordkreuz. Auch die Wohnung des AfD-Politikers Holger Arppe wurde durchsucht. Er gilt jedoch nur als Zeuge in dem Verfahren.<sup>40</sup> Ob die zweite Durchsuchungswelle der Polizei neue Erkenntnisse brachte ist nicht bekannt.

## 4. UNITER und die BFE 523

Ein besonders kurioses Kapitel im Hannibal-Komplex sind die Verbindungen zwischen UNITER und der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) 523 der baden-württembergischen Bereitschaftspolizei, die bis zu ihrer Auflösung 2014 in Böblingen untergebracht war. Diese Polizeieinheit war durchsetzt von Personen aus dem Hannibal-Komplex sowie weiteren Neonazis.

Auch die im April 2007 mutmaßlich vom NSU ermordete Polizistin Michele Kiesewetter war Teil der BFE 523. Der Mord an ihr fällt dadurch auf, dass er am stärksten von den übrigen Morden des NSU abweicht. Er war der zehnte und mutmaßlich letzte Mord des NSU. Das Mordopfer war in diesem Fall keine Person mit Migrationshintergrund, sondern eine deutsche Polizistin. Außerdem gibt es Hinweise auf eine Beteiligung von mehr als zwei Personen, was gegen die NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos als einzige Täter spricht. So wurden mehrere Personen – z.T. mit blutverspritzter Kleidung – in Tatortnähe gesichtet, deren Phantombilder keine Ähnlichkeit mit dem NSU-Kerntrio hatten.<sup>41</sup>

Darüber, ob der Mord an Michele Kiesewetter in direkter Verbindung zum Hannibal-Komplex steht, lässt sich letztendlich nur spekulieren. Bemerkenswert ist es jedoch allemal.

### 4.1 Ringo M.

Ringo M., geb. L., der Truppführer in der BFE 523 war, wurde 1972 in Eisenach geboren. Später war er für UNITER und den Verfassungsschutz aktiv. Während seiner Zeit in der BFE 523 beschwerte sich Michele Kiesewetter über ihn. Während seiner Zeit als Polizist war Ringo M. außerdem engagiertes Mitglied

der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), die als die weiter rechts stehende der beiden Polizeigewerkschaften gilt. Ihr Vorsitzender Rainer Wendt fällt immer wieder durch rechtspopulistische Hetze auf.<sup>42</sup> Im DPoG-Polizeispiegel vom September 2014<sup>43</sup> wird Ringo M. erwähnt, weil er bei der Gründung des Ortsverbands Stuttgart/Bad Cannstatt als dessen stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer gewählt wurde. Es wird zudem erwähnt, dass er über mehrere Wahlperioden dem Personalrat der Bereitschaftspolizei Böblingen angehört habe.

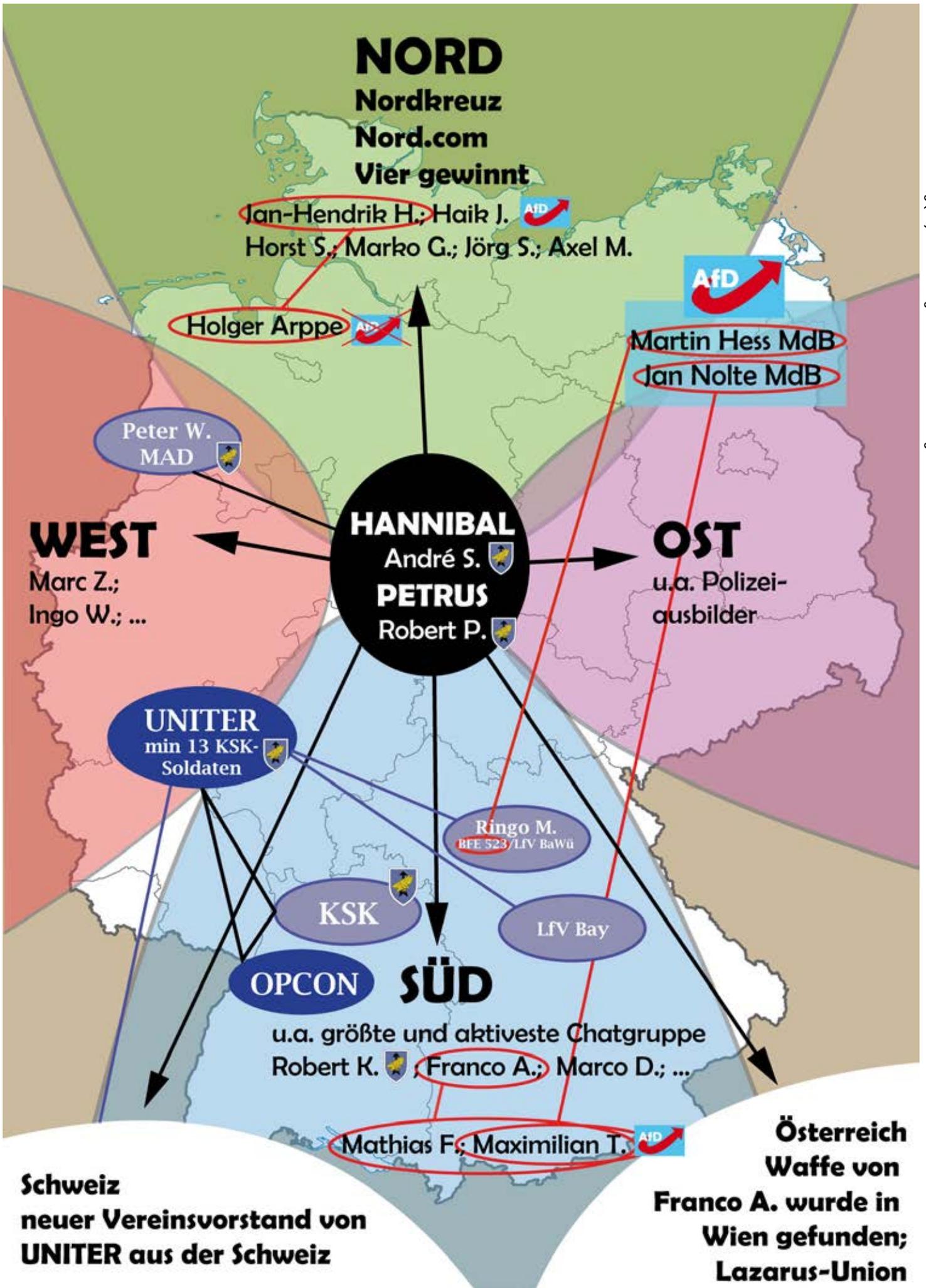
Von 2015 bis 2019 war Ringo M. Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg. 2016 gründete er – Angaben des Innenministeriums zufolge nicht in seiner Funktion als Mitarbeiter des LfV – in Stuttgart die „Neuaufgabe“ des Vereins UNITER mit. Von diesem Zeitpunkt an war er bis Anfang 2019 erster Vorsitzender des Vereins und ist somit spätestens ab 2016 eine der zentralsten Figuren des Vereins. Im Januar 2017 trat er aus dem Vereinsvorstand zurück – kurz bevor die Affäre um Franco Albrecht öffentlich wurde. Er selbst nennt dringende private Gründe als Anlass für den Rücktritt. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass er zurücktrat, weil Vorgesetzte seine Vereinstätigkeit problematisch fanden und ihm in mehreren Gesprächen einen Rücktritt nahelegten.<sup>44</sup>

Das Landesinnenministerium Baden-Württemberg schreibt zur Tätigkeit von Ringo M. als Verfassungsschützer: „Die Tätigkeit im Verein Uniter e.V. war rein privater Natur.“ Und: „Der Mitarbeiter hat in seiner Zuständigkeit – soweit ersichtlich – keinerlei Berührungspunkte zum Verein Uniter e.V.“<sup>45</sup>

Ob Ringo M. ein neonazistisches Weltbild hat, lässt sich nur schwer sagen. Als er Anfang April 2019 vom NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen vorgeladen wird, betonte er gleich zu Beginn: „Ich habe mein ganzes Leben mit Rechtsextremismus nichts zu tun gehabt, ich lehne das grundsätzlich ab.“<sup>46</sup> Am Wahrheitsgehalt seiner Aussagen im NSU-Untersuchungsausschuss lassen sich allerdings erhebliche Zweifel anbringen. So schreibt die taz: „Dann wird Ringo M. nach Ralf Wohlleben gefragt. Der Name komme ihm bekannt vor, sagt er, es sei möglich, dass er dienstlich mit ihm zu tun gehabt habe. ‚Sie wissen, wer Ralf Wohlleben ist?‘ – ‚Nein, ich arbeite nicht im Bereich Rechtsextremismus.‘“<sup>47</sup> Ralf Wohlleben wurde als Unterstützer des NSU verurteilt. Die Aussage, er kenne Ralf Wohlleben nicht, weil er nicht im Bereich Rechtsextremismus arbeite, scheint nicht schlüssig, da er für die Begründung dieser Aussage ja wissen musste, dass Ralf Wohlleben ein Neonazi ist. Derlei Aussagen rücken auch seine abgelesene Aussage, er habe noch nie etwas mit Rechtsextremismus zu tun gehabt, ins Zwielicht. Ein Polizist der BFE 523 sagte, es habe Kolleg\*innen in der Einheit gegeben, die Musik rechtsradikaler Bands gehört hätten. Dies seien überwiegend Kolleg\*innen aus Ostdeutschland gewesen.<sup>48</sup> Ringo M. stammt aus Eisenach in Thüringen, also aus Ostdeutschland. Auch seine Tätigkeit bei UNITER spricht dafür, dass er durchaus Umgang mit Rechten hatte. Es ist unglaublich, dass er als Vorsitzender des Vereins nichts von den rechten Umtrieben im Umfeld des Vereins mitbekommen haben will.

### 4.2 Thomas B.

Ein weiterer Polizist aus der BFE 523, der mittlerweile Umgang mit UNITER hat, ist Thomas B., der ehemalige Zugführer der BFE 523. Er war der Vorgesetzte von Ringo M. und Michele Kiesewetter. Bevor er 2005 Zugführer der damals neu aufgestellten BFE 523 wurde, war Thomas B. bis Ende 2004 Präzisionsschütze beim SEK. Einer Aussage der Halbschwe-



ster von Michele Kiesewetter zufolge hatte er für kurze Zeit ein Verhältnis mit Michele Kiesewetter, was er jedoch bestreitet.<sup>49</sup>

2010 wurde er vom Dienst suspendiert und 2013 in den Ruhestand versetzt. Grund für die Suspendierung war seine Verstrickung in die sogenannte Libyen-Affäre: „Zwischen 2005 und 2007, vielleicht auch noch später, reisten Polizisten und Soldaten aus Deutschland in die libysche Hauptstadt Tripolis, manche blieben Wochen, manche Monate. Insgesamt waren mindestens 30 aktive oder ehemalige deutsche Beamte hier. Genau lässt sich das nicht rekonstruieren. Belegt ist: Die norddeutsche Firma BDB Protection hatte den Männern damals den Auftrag erteilt, Sicherheitskräfte für den Diktator Muammar al-Gaddafi auszubilden. Schießen, Häuserkampf, Busbefreiung.“<sup>50</sup> Thomas B. ist einer dieser Männer. Im Oktober 2005 reiste er das erste Mal nach Libyen. Danach soll er gemeinsam mit einem weiteren Polizisten der BFE 523 und Stephan F., einem SEK-Polizisten, immer wieder dorthin gereist sein, um libysche Sicherheitskräfte auszubilden. Thomas B. soll dabei eine Führungsrolle eingenommen haben.<sup>51</sup>

### 4.3 Sicherheitsfirma SOTCON

Heute betreiben Stephan F. und Thomas B. gemeinsam die Firma SOTCON in Stuttgart (nicht zu verwechseln mit OPCON in Calw).<sup>52</sup> SOTCON ist nach eigenen Angaben „ein international agierendes deutsches Sicherheits- und Beratungsunternehmen, das sich auf die Bereiche Ausbildung, Training, Beratung, operative Dienste und die Beschaffung von Sicherheitsausrüstung spezialisiert hat“.<sup>53</sup> Einsatzschwerpunkte von SOTCON seien die Länder Libyen und Somalia. Die Firma SOTCON macht häufig mit UNITER Geschäfte. Außerdem sind Thomas B. und André S. seit längerem eng befreundet. Ob Thomas B. Mitglied bei UNITER oder in einer der Chatgruppen war, ist allerdings nicht belegt.<sup>54</sup>

### 4.4 UNITER als deutsches Blackwater?

Allgemein scheinen Sicherheitsfirmen wie SOTCON und OPCON eine wichtige Rolle für UNITER zu spielen, da sie ein häufiges Betätigungsfeld für ehemalige Spezialkräfte darstellen. UNITER hat aber noch Pläne, die weit darüber hinaus gehen: Der Verein plant, selbst Sicherheitskräfte anderer Staaten, aber womöglich auch anderer Sicherheitsfirmen, auszubilden. Dies kann unter Umständen auch Diktaturen betreffen. So traf sich am 13.2.2019 ein Vertreter von UNITER mit Politiker\*innen und hochrangigen Polizist\*innen auf den Philippinen. Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte bezeichnet sich selbst als Diktator und Menschen, die im Verdacht stehen Drogen zu konsumieren oder zu handeln, werden dort ohne Prozess erschossen. Es gibt also sehr gute Gründe, Sicherheitskräfte dieses Staates nicht auszubilden. UNITER plant jedoch, genau dies zu tun: In einem zwei- bis viertägigen Training, das von UNITER angeboten wird, sollen die Teilnehmenden lernen, auf Extremsituationen reagieren zu können. Offenbar sind dabei auch Trainings mit Waffen vorgesehen. Vorkenntnisse in diesem Bereich seien jedoch nicht notwendig, so UNITER. Es ist zu befürchten, dass sich UNITER nicht nur als Ausbildungsplattform für rechte Prepper, sondern auch für andere Staaten entwickelt: eine international agierende Truppe von Söldner\*innen – wenn man so will: eine Art deutsches Blackwater. Denn UNITER bietet seine Dienste nicht nur den Philippinen an, sondern auch anderen Staaten oder Firmen im Ausland, z.B. in Russland, im Iran, in Guinea oder in Libyen.<sup>55</sup>

### 4.5 KKK-Zelle mit Bezügen zum NSU

Doch zurück zur Polizeieinheit von Michele Kiesewetter: Neben Ringo M. und Thomas B., die UNITER sehr nahe stehen, gab es dort noch weitere Personen mit Kontakten in die Neonaziszene. Bei diesen ist aber außer einem Bekanntschaftsverhältnis zu Ringo M. und Thomas B. kein weiterer Zusammenhang mit UNITER belegbar: Zu nennen wären hier die Polizisten Timo H. und Jörg W., die ab 2000 (neben mindestens drei weiteren Polizist\*innen aus anderen Einheiten in Baden-Württemberg) Mitglied der KuKluxKlan-Zelle „European White Knights of the Ku Klux Klan“ (EWK KKK) waren. Timo H. war einer der ersten am Tatort, an dem Michele Kiesewetter im April 2007 ermordet wurde. Er war an diesem Tag ihr Truppführer, wusste also, wo sie sich kurz vor dem Mord aufhielt. 2002 verließen Timo H. und Jörg W. den KKK.

Die KKK-Zelle wurde im Oktober 2000 von dem mittlerweile ausgestiegenen Neonazi Achim Schmid gegründet, der von 1996 bis November 2000 V-Mann des LfV Baden-Württemberg war. Der sächsische Verfassungsschutz vermutete, dass Achim Schmid mit dem NSU-Kerntrio Kontakt unterhielt.<sup>56</sup> Neben Achim Schmid war auch der Neonazi-V-Mann Thomas Richter (Deckname als V-Mann: „Corelli“), der zum engsten Unterstützernumfeld des NSU zählt, Mitglied des EWK KKK. Thomas Richter stand auf einer Kontaktliste von Uwe Mundlos. Die beiden lernten sich während ihrer Bundeswehrzeit in einer Sanitätsstelle kennen. 2014 verstarb der V-Mann des Bundesverfassungsschutzes „Corelli“ – angeblich an unerkannter Diabetes.<sup>57</sup>

Auch Martin Hess, der mittlerweile Bundestagsabgeordneter der AfD ist, war in der BFE 523. Über Timo H., Jörg W. und Martin Hess ist zwar keine weitergehende Nähe zu UNITER bekannt; dennoch werfen all diese Zusammenhänge weitere Fragen zum Mord an Michele Kiesewetter und einer möglichen Verstrickung UNITERs in den Fall auf. Außerdem zeigt der Fall der BFE 523 anschaulich, wie rechts durchsetzt die Sicherheitsbehörden in Deutschland zum Teil sind.

## 5. Fazit: ein gefährliches Netzwerk

### 5.1. Bewaffnet und gut vernetzt

Betrachtet man nun das gesamte Netzwerk, das sich um UNITER, André S. und die Chatgruppen erstreckt, erkennt man, wie gefährlich und gut vernetzt diese Personen sind. Offenbar konnten sie ihre menschenverachtenden Pläne noch nicht umsetzen, aber das dürfte eher der Leichtsinnigkeit Franco Albrechts, der die Ermittlungen in Gang brachte, und der intensiven Recherche mehrerer Journalist\*innen, allen voran der taz, zu verdanken sein als der Arbeit deutscher Ermittlungsbehörden.

Es scheint so, als wären die Terrorpläne sowohl im Fall des Chats Nordkreuz als auch im Fall Franco Albrecht schon sehr weit fortgeschritten gewesen, da sowohl mögliche Tatwaffen als auch Listen oder Ausspähnotizen bereits vorhanden waren. Es ist auch davon auszugehen, dass es nach wie vor noch größere Bestände an Waffen und Munition gibt, da ein beträchtlicher Teil der Personen des Hannibal-Komplexes guten Zugang zu Waffen hat. Keines der in den Chats erwähnten Munitionsdepots wurde bislang ausgehoben – womöglich, weil sie rechtzeitig geräumt wurden, da die Prepper gewarnt wurden. Nur die Waffen, die Einzelne bei sich zu Hause lagerten, wurden beschlagnahmt. Das ist es, was das Netzwerk so brandgefährlich macht.

Noch gefährlicher wird es dadurch, dass dieses Netzwerk bestens in alle Teile der Staatsgewalt vernetzt ist:

Polizist\*innen aus dem ganzen Bundesgebiet sind Teil des Netzwerks. Dies betrifft vor allem spezialisierte Einheiten, die für Razzien in solchen Fällen zuständig sind – womöglich ein Mitgrund, weshalb nicht noch mehr bei Hausdurchsuchungen in diesem Umfeld gefunden wurde.

Vor Razzien gewarnt wurde das Hannibal-Netzwerk aber auch durch einen MAD-Mitarbeiter. Doch nicht nur der MAD ist mit in das Netzwerk verstrickt; auch die Verfassungsschutzbehörden in Baden-Württemberg und Bayern in Form des UNITER-Vorstands Ringo M. und einer namentlich nicht bekannten Mitarbeiterin des LfV Bayern, die ebenfalls UNITER-Mitglied ist.<sup>58</sup> Es tummeln sich also allerlei Geheimdienst-Mitarbeiter\*innen um den Verein. Doch auch das könnte nur die Spitze des Eisbergs sein:

UNITER bezeichnet sich selbst als Netzwerk für „SOF and Intelligence“,<sup>59</sup> also Spezialkräfte und Geheimdienste. Deshalb kann es nicht verwundern, dass neben mehreren Geheimdienstmitarbeiter\*innen auch Spezialkräfte der Bundeswehr, vor allem KSK-Soldaten, elementarer Teil des Netzwerks sind. Die KSK-nahe Firma OPCON mischte bei paramilitärischen Trainings mit; mehrere KSK-Soldaten waren in den Chatgruppen und bei UNITER aktiv. Auch der MAD-Mitarbeiter Peter W., der André S. mutmaßlich warnte, war früher beim KSK. Die KSK-Kaserne in Calw war in den Chatgruppen sogar als Safe House für den Tag X definiert worden. Anscheinend fühlten sich die Beteiligten beim KSK sehr sicher.

Gute Verbindungen hat der Hannibal-Komplex auch in den Bundestag. Thomas B. und Ringo M. kennen den AfD-Abgeordneten Martin Hess noch aus ihrer gemeinsamen Zeit in der BFE 523. Maximilian T., der mutmaßliche Komplize von Franco Albrecht, ist sogar Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Jan Nolte, der im geheim tagenden Verteidigungsausschuss an sensible Informationen, z.B. über den Stand der Aufklärung, kommt. Mit Haik J. ist zudem ein Mitglied der Chatgruppen in Norddeutschland im AfD-Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern sehr aktiv. Die AfD stellt somit das Bindeglied zwischen dem Hannibal-Komplex und verschiedenen Parlamenten dar.

## 5.2. Bundesregierung leugnet Netzwerk

Dass es sich bei dem dargestellten Komplex um ein Netzwerk handelt, ist bei näherer Betrachtung vollkommen klar. Über den Verein UNITER, die Chatgruppen und die Person André S. sind alle Personen miteinander verbunden. Die Bundesregierung leugnet diesen Umstand jedoch. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke antwortete die Bundesregierung: „Dem MAD liegen keine Erkenntnisse vor, dass im Umfeld des KSK rechtsterroristische Netzwerke existieren würden oder im Entstehen begriffen wären. [...] Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse über das angebliche Bestehen einer derartigen Gruppe.“<sup>60</sup> Während die Einzelspekte des Netzwerks (z.B. der Fall Franco Albrecht oder die Nordkreuz-Gruppe) durchaus zugegeben werden, werden der Netzwerkcharakter und der Zusammenhang zwischen den Fällen immer wieder ausgeblendet, ignoriert und geleugnet. Wie so oft bei Terror durch Neonazis werden die Taten bzw. Planungen Einzeltäter\*innen zugeschrieben und die unterstützenden Netzwerke im Umfeld ignoriert oder sogar durch die Sicherheitsbehörden gedeckt. Auch in diesem Fall macht es

stutzig, dass sich die Regierung in dieser Sache sehr passiv und beschwichtigend zeigt.

Es lässt sich nur spekulieren, weshalb die Bundesregierung offensichtlich nicht an einer Aufklärung des Komplexes um Hannibal interessiert ist. Bei einer historischen Betrachtung der Geschichte der Bundesrepublik bzw. der NATO finden sich ähnliche Konstellationen wie der Hannibal-Komplex. Daraus lassen sich Vermutungen ableiten, die die Untätigkeit der Bundesregierung erklären könnten:

1. Die erste ist naheliegend und simpel. Diese Variante ist zugleich die wahrscheinlichste: Rechtsextremist\*innen im Staatsapparat gab es schon immer. Dies wird nicht zuletzt durch die autoritären, konservativen Strukturen der Polizei, der Geheimdienste und der Bundeswehr sowie personelle Kontinuitäten nach dem Nationalsozialismus noch zusätzlich begünstigt. Solange Rechtsextremist\*innen im Staatsapparat sich nicht gegen den Staat wandten oder in die öffentliche Kritik gerieten, wurden sie historisch auch meist akzeptiert. Dass sich rechte Einzelpersonen und Bekanntenkreise in Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr mit dem langen Sommer der Migration 2015 und dem Erstarken der „Neuen Rechten“ in Form von Pegida und AfD radikalisierten, vernetzten und zunehmend offensiver auftraten, verwundert kaum. Die Bundesregierung hat kein Interesse an der konsequenten Aufklärung dieser Netzwerke, da sie sich und der Öffentlichkeit dann eingestehen müsste, dass die Sicherheitsbehörden rechts unterwandert sind, was das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in den Staat untergraben würde. Dies könnte sowohl der Regierung als auch den Leitungen der betroffenen Behörden Probleme, wie Popularitätsverluste oder erhebliche Kürzungen bis hin zur Auflösung von Behörden (z.B. des Verfassungsschutzes), bereiten. Dass staatliche Strukturen diese Überlegungen für wichtiger als eine konsequente Aufklärung neonazistischer Netzwerke halten, zeigt sich leider sehr deutlich an der mangelhaften Aufarbeitung der Verbrechen des NSU und der Verstrickung der Verfassungsschutzbehörden. In dieser Logik ist es nur plausibel, dass nur ermittelt und zugegeben wird, was entweder nicht zu leugnen ist oder sich gegen den Staat selbst richtet.<sup>61</sup> Der Rest – und vor allem der Netzwerkcharakter – wird geleugnet.

2. Die zweite Möglichkeit wäre, dass es sich bei UNITER um einen sogenannten Honeypot des Verfassungsschutzes oder des MAD handelt. Mit einem Honeypot (deutsch: Honigtopf) lassen sich Bienen anlocken, die für die Geheimdienste in dieser Metapher für Extremist\*innen oder feindliche Agent\*innen stehen. Honeypots sind eine häufig genutzte geheimdienstliche Methode, um Strukturen mit aufzubauen und dadurch zu unterwandern. Demzufolge wäre UNITER unter geheimdienstlicher Beteiligung aufgebaut worden, um militante Neonazis anzulocken, die man dann – so zumindest die Theorie – im Blick hätte, da der gesamte Honeypot mit V-Leuten und Geheimdienstmitarbeitern durchsetzt ist. Eine plausible Theorie ist, dass auch die oben genannte KKK-Zelle ein Honeypot des Verfassungsschutzes war, da mit „Corelli“ und dem Gründer Achim Schmid mindestens zwei V-Männer beteiligt waren. Auch beim mit V-Personen durchsetzten „Thüringer Heimatschutz“, aus dem der NSU hervorging, wird vermutet, dass dieser ein Honeypot des Verfassungsschutzes war. Oft ging die Strategie, Honeypots aufzubauen, jedoch nach hinten los. Das Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“ schreibt hierzu: „Der NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer

Landtag kommt 2014 zu dem Ergebnis, dass die V-Personen die rechte Szene gestärkt haben. Der absolute Quellenschutz setzt die Hemmschwelle der V-Personen deutlich herab. Sie konnten sich von Strafverfolgung freigestellt bewegen und nutzten diesen Spielraum auch. Das vielleicht ursprünglich mal gegebene Bestreben nach einer optimalen Kontrolle der Nazi-Szene und der entsprechenden Einflussnahmen führten zu einer Verselbstständigung.<sup>62</sup> Für die Möglichkeit eines Honeypots spräche, dass bereits mehrere Mitarbeiter\*innen des Verfassungsschutzes und des MAD im Hannibal-Komplex auftauchten. Möglicherweise ist auch André S. selbst ein V-Mann des MAD: seine regelmäßigen Treffen mit dem MAD und die Warnung vor den Razzien – Stichwort: Quellenschutz – sprächen jedenfalls dafür.

3. Die dritte und gleichzeitig unwahrscheinlichste Möglichkeit wäre, dass ein Geheimdienst, z.B. der Bundesnachrichtendienst (BND), am Aufbau des Netzwerks beteiligt war, um dieses zu steuern und daraus ehemalige Spezialkräfte für geheimdienstliche Operationen zu rekrutieren. Ähnliche Vorhaben sind bereits mehrfach dokumentiert. Berührungspunkte zu Rechtsextremen hatten die Geheimdienste dabei nie. Zu nennen wäre hier die Operation „Unternehmen Versicherungen“ der Organisation Gehlen, des Vorläufers des BND. Ziel dieser 1949-1953 durchgeführten Operation war es, im Geheimen westdeutsche Streitkräfte aufzustellen. Da der offizielle Entschluss zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands noch nicht gefasst war, wollte man für einen möglichen sowjetischen Angriff gewappnet sein. Hierfür wurden schlagkräftige Verbände der Wehrmacht reaktiviert, um diese im Falle eines Angriffs zu sammeln, hinter die französische Grenze zurückzuziehen, zu bewaffnen und dann zum Gegenangriff überzugehen. Da es nie einen sowjetischen Angriff gab, kam das „Unternehmen Versicherungen“ nie zum Einsatz.<sup>63</sup> Ein anderes Beispiel sind die Stay-behind-Verbände, die durch NATO-Geheimdienste in der Hochphase des Kalten Krieges aufgestellt wurden. Diese Stay-behind-Verbände sollten im Fall einer feindlichen Besetzung Mitteleuropas hinter der Front nachrichtendienstliche Aufklärung leisten und Sabotageakte gegen die Sowjetunion verüben. Auch der BND bildete solche Truppen aus und versorgte sie mit Waffen. Altnazis und Neonazis wurden auf diesem Wege massiv gefördert und bewaffnet. Der bekannteste Stay-behind-Verband ist eine neonazistische, paramilitärische Organisation aus Italien mit dem Decknamen „Gladio“. Gladio wird für mehrere Terroranschläge verantwortlich gemacht. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden die Stay-behind-

Verbände offiziell aufgelöst.<sup>64</sup> Es wäre aber durchaus möglich, dass der BND diese Pläne in Zeiten einer neuen Konfrontation zwischen der NATO und Russland wiederaufleben lässt und jetzt neue paramilitärische Gruppen gegründet und gefördert werden – z.B. UNITER. Dafür spräche, dass sich UNITER auch im Ausland, z.B. für geheime Ausbildungsoperationen in Staaten, die die Bundesrepublik offiziell nicht unterstützt, einsetzen ließe. Immerhin bietet UNITER tatsächlich in mehreren solchen Staaten paramilitärische Trainings an.

Bei all diesen Theorien handelt es sich jedoch nur um Vermutungen, die die Untätigkeit der Regierung erklären könnten. Konkrete Beweise dafür gibt es aber nicht. Möglicherweise erklären auch mehrere Theorien verschiedene Aspekte des Komplexes.

Ungeachtet der Theorien, weshalb die Regierung untätig ist, zeigt die Tatsache, dass sie untätig ist jedoch, dass sie aus den Fehlern, die beim NSU gemacht wurden, nichts gelernt hat: Probleme mit Rechtsextremismus werden so lange es geht geleugnet, Hintergrundstrukturen so gut wie nie aufgedeckt und V-Leute weiterhin um jeden Preis geschützt. Anstatt Neonazis zu entwaffnen, werden diese bei der Polizei, der Bundeswehr oder im Reservistenverband auf Staatskosten an der Waffe ausgebildet. Fälle, in denen Neonazis eindeutig als solche in Erscheinung treten – z.B. durch das Zeigen eines Hitlergrüßes – werden verharmlost, indem die betreffenden Personen nicht als Neonazis, sondern als Verdachtsfälle bezeichnet werden. Darin ist auch der Grund zu finden, weshalb die Bundesregierung keine Vernetzung gewaltbereiter Extremist\*innen in der Bundeswehr erkennen kann: Es gibt nach Ansicht der Bundesregierung keine Rechtsextremen in der Bundeswehr – höchstens Verdachtsfälle. Erkannte Extremist\*innen würden ja sofort entfernt, so die Bundesregierung.<sup>65</sup> Diese Strategie ist völlig ungeeignet, um Neonazis aus der Bundeswehr fernzuhalten.

Deshalb ist es jetzt wichtig, öffentlichen Druck zu erzeugen und die Aufklärung des Netzwerks nicht nur zu fordern, sondern auch selbst zu betreiben. Ein Untersuchungsausschuss wäre beispielsweise ein Mittel, mit dem sich die Aufklärung vorantreiben ließe.

Zudem sollten die strukturellen Probleme, die eine Unterwanderung staatlicher Strukturen durch Neonazis ermöglichen, angegangen werden. Dies könnte z.B. bedeuten, Neonazis aus dem Staatsapparat konsequent auszuschließen, personelle Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus aufzuarbeiten oder die Bundeswehr und die außer Kontrolle geratenen Geheimdienste aufzulösen.



*"Kein Schlussstrich"-  
Demonstration in  
Hamburg, 14.7.2018.  
Quelle: Rasande  
Tyskar / Flickr*

**Anmerkungen**

1 Focus: [Die Verschwörung](#).17.11. 2018.  
 2 Ebd.  
 3 SWR: Ex-KSK-Soldaten erheben neue Vorwürfe gegen umstrittenen Verein. Plant Uniter den politischen Zusammenbruch Deutschlands? 7.2. 2019.  
 4 [Bundestagsdrucksache 19/7513](#): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tobias Pflüger, Christine Buchholz u.a.: Neonazismus- und Sexismusvorwürfe beim Kommando Spezialkräfte.  
 5 Martin Kaul, Christina Schmidt: [MAD-Prozess in Köln. Hannibal schaffte Computer weg](#). Taz. 20.3.2019.  
 6 Ebd.  
 7 Homepage von Uniter: [Über uns](#).  
 8 Tagesspiegel: [Wenn extrem rechte Vereine als gemeinnützig gelten](#). 5.3. 2019; Neue Zürcher Zeitung: Was will der Verein eines deutschen Elitesoldaten in der Schweiz? 14.3. 2019.  
 9 Homepage von UNITER: [Über uns](#).  
 10 Taz: [Hannibals Verein](#). 21.12. 2018.  
 11 Lazarus-Union: Migration und Integration aus der Sicht der Lazarus Union.  
 12 Taz: [Hannibals Verein](#). 21.12. 2018.  
 13 SWR: Ex-KSK-Soldaten erheben neue Vorwürfe gegen umstrittenen Verein. Plant Uniter den politischen Zusammenbruch Deutschlands? 7.2. 2019.  
 14 Taz: [Hannibals Verein](#). 21.12. 2018.  
 15 Ebd.  
 16 Taz: [Hannibals Verein](#). 21.12. 2018; vgl. [Homepage der Firma OPCON](#).  
 17 Neue Zürcher Zeitung: Was will der Verein eines deutschen Elitesoldaten in der Schweiz? 14.3. 2019.  
 18 Taz: [Hannibals Verein](#). 21.12. 2018.  
 19 Focus: Unter dem Decknamen „Petrus“Uniter-Skandal: Weiterer KSK-Soldat war Leiter der Chatgruppe „Nord“. 22.3. 2019.  
 20 Bei den Ermittlungen ging es vermutlich um eine mutmaßliche Verstrickung in den Fall Franco Albrecht, dem eine schwere staatsgefährdende Straftat vorgeworfen wird.  
 21 Welt: [Die völkisch-rassistische Masterarbeit des Franco A.](#). 3.5. 2017.  
 22 Neue Zürcher Zeitung: Der Fall Franco A., erster Teil: „Mein Sohn war Staatsfeind Nummer 1“. 16.4.2019; Der rechte rand 173: [Rechter Soldat mit Terrorplänen](#). 2018.  
 23 Welt: [Das steht in den Hass-Notizen von Franco A.](#). 3.5.2017; Der rechte rand 173: [Rechter Soldat mit Terrorplänen](#). 2018.  
 24 Taz: [Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr. MAD ermittelt weiter im Fall Franco A.](#). 20.1.2019.  
 25 Der rechte rand 173: [Rechter Soldat mit Terrorplänen](#). 2018.  
 26 Taz: [Mitarbeiter von AfD-Abgeordnetem. Maximilian T. darf ins Parlament](#). 29.11. 2018.  
 27 Neue Zürcher Zeitung: Der Fall Franco A., erster Teil: „Mein Sohn war Staatsfeind Nummer 1“. 16.4.2019.  
 28 Vgl. [IMI-Studie 2013/08a](#). Martin Kirsch: Der neue Heimatschutz der Bundeswehr. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte und das Kommando Territoriale Aufgaben als neue Instrumente für den Inlandseinsatz.  
 29 Panorama vom 07.09.2017: [Bundesanwalt ermittelt: Polizist als Staatsgefährder?](#) Taz: [Terror-Ermittlungen in Norddeutschland. Kommando Heimatschutz](#). 20.12. 2017.  
 30 Panorama vom 07.09.2017: [Bundesanwalt ermittelt: Polizist als Staatsgefährder?](#)  
 31 Sybille Bachmann: [Chronologie Causa RA Hammer](#). 2017.  
 32 Ebd.  
 33 Ebd.  
 34 Focus: [Die Verschwörung](#). 17.11. 2018.  
 35 Ebd.  
 36 Sybille Bachmann: [Chronologie Causa RA Hammer](#). 2017.  
 37 Focus: [Die Verschwörung](#). 17.11. 2018.  
 38 Sybille Bachmann: [Chronologie Causa RA Hammer](#). 2017.

39 StopAfD: [Terrorverdächtiges AfD-Mitglied ist in den Arbeitskreis für Innere Sicherheit gewählt worden](#). 1.2.2018.  
 40 Taz: [Rechtsextreme Szene in MeckPomm. Wieder Razzia wegen „Preppern“](#). 25.4.2018.  
 41 Thomas Moser: [Kiesewetter-Mord in Heilbronn: Wartende Männer am Anschlagort?](#) 20.5.2014.  
 42 Rainer Wendt: [Deutschland in Gefahr: Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt](#). 2016; Mely Kiyak: [Die Moslem-Problematik-Maschine läuft](#). 11.11.2015; Nora Winter: [Polizeigewerkschaft und Junge Freiheit?](#) 24.2. 2011.  
 43 [DPoIG Polizeispiegel vom September 2014](#)  
 44 Taz: [Thüringer NSU-Ausschuss. Was wusste Ringo M.?](#) 4.4. 2019.  
 45 Taz: [Verfassungsschützer bei Hannibal-Verein. Verbindung enger als bekannt](#). 13.3. 2019.  
 46 Taz: [Thüringer NSU-Ausschuss. Was wusste Ringo M.?](#) 4.4. 2019.  
 47 Ebd.  
 48 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3. 2019.  
 49 Landeskriminalamt Baden-Württemberg: Ermittlungsverfahren wegen Mord z.N. Michele Kiesewetter und Mordversuch z.N. Martin Arnold am 25.04.2007 in Heilbronn. Ermittlungsbericht. Ordner 1 und Ordner 9.  
 50 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3. 2019.  
 51 Ebd.  
 52 [Northdata: SOTCON GmbH, Stuttgart](#).  
 53 Homepage von SOTCON.  
 54 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3. 2019.  
 55 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3.2019. FOCUS: [Die Russland-Connection](#). 24.11. 2018.  
 56 Stuttgarter Nachrichten: [Ministerium räumt ein: Informant des baden-württembergischen Verfassungsschutzes taucht auf Unterstützer-Liste des NSU auf](#). 11.11.2013.  
 57 Stuttgarter Zeitung: [NSU-Ausschuss des Landtags. „Corelli“ und der Ku-Klux-Klan](#). 27.11.2015.  
 58 Vgl. [Drucksache 18/289](#). Katharina Schulze: Schriftliche Anfrage. Uniter: Aktivitäten und Verbindungen in die rechtsextreme Szene. 5.4. 2019.  
 59 [Abbildung einer UNITER-Münze mit dem Schriftzug „SOF and Intelligence Network“](#).  
 60 [Bundestagsdrucksache 19/7513](#): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tobias Pflüger, Christine Buchholz u.a.: Neonazismus- und Sexismusvorwürfe beim Kommando Spezialkräfte.  
 61 Beispiele hierfür wären die Fälle Franco Albrecht und die Nordkreuz-Gruppe, die auch Vertreter\*innen des Staates ins Visier nahmen. Bei diesen wurden Razzien durchgeführt.  
 62 [Tribunal NSU-Komplex auflösen: Wir klagen an! Anklage des Tribunals „NSU-Komplex auflösen“](#).  
 63 Agilolf Keßelring: [Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen, 1949-1953](#).  
 64 Thomas Riegler: [GLADIO – Mythos und Realität: Ursprung & Funktion von Stay behind im Nachkriegs-Österreich](#). 2018.  
 65 [IMI-Standpunkt 2018/033](#). Alexander Kleiß: „Sieg Heil!“-Rufe, aber keine Neonazis? Rechte Vorfälle in der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr; Taz: [Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Hitlergrüße aus dem KSK](#). 6.2. 2019.